



Innenminister Peter Beuth im Gespräch mit der GdP

Ende November, inmitten der laufenden Plenarbefassungen zum nächstjährigen Haushalt, fand ein bereits für August terminierter Gesprächsaustausch zwischen Innenminister Peter Beuth und dem geschäftsführenden Landesvorstand der GdP statt. In Begleitung von Dr. Wagner wurden in einem über zwei Stunden andauernden Gespräch aktuelle Themen vertieft.

Auf die Frage vorgesehener Stellenhebungen für den Polizeibereich berichtete Minister Beuth, dass im derzeit zu beratenden Haushalt landesweite Stellenhebungen für den Polizeibereich, insgesamt 399, vorgesehen sind. Da der Haushalt aber erst im Februar 2020 endgültig verabschiedet wird, sind die im Haushalt vorgesehenen Stellenhebungen für die Polizei erst dann abschließend. Mit Blick auf die laufende Wahlperiode und die Folgejahre forderten die GdP-Vertreter den Minister auf, das begonnene Hebungsprogramm für den Zeitraum der gesamten Wahlperiode konsequent fortzusetzen und auch in den Folgehaushalten der GdP-Forderung, die Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen im Polizeibereich vorzunehmen, Nachdruck zu verleihen. Für den nächstjährigen Haushalt wurde diesem Ansinnen durch den Finanzminister nicht entsprochen.

Während der laufenden Haushaltsberatungen sind die Fraktionen im Hessischen Landtag mit entsprechenden Änderungsanträgen zum Entwurf unterwegs. Hier muss abgewartet werden, welche davon mögliche Auswirkungen auf den Polizeibereich haben könnten. Wenn der Haushalt final beschlossen ist, werden weitere positive Entwicklungen bei der Polizei in Personal und Ausstattung realisiert. Zusätzliche personelle Verstärkungen stellte Minister Beuth durch die im Koalitionsvertrag verorteten Mehreinstellungen im Bereich der Polizei heraus. In den Folgejahren werden dreimal 250 zusätzliche Polizeianwärter pro Jahr sowie 150-Fach- und Verwaltungsbeamte und 100 Wachpolizisten eingestellt. Andreas Grün gab vor dem Hintergrund der derzeitigen Abbruchquote bei den Studierenden an der HfPV von ca. 17 Prozent zu bedenken, dass der

für dieses Jahr vorgesehene, zusätzliche personelle Aufwuchs, plus 300 Polizei- und Kriminalkommissare zusätzlich zu den Ruhestandsversetzungen in die Behörden zu bringen, bei Weitem nicht erreicht werden konnte!

Die frei werdenden Anwärterstellen würden zeitnah wiederbesetzt, teilte dazu Peter Beuth mit. Zudem werde über Bedarf ausgebildet, was die hohe Anzahl der Studienabbrecher abmildere. Insgesamt könne es sich sehen lassen, dass die Landesregierung erneut ein weiteres Sicherheitspaket geschnürt habe. Die GdP-Vertreter zeigten sich vor dem Hintergrund des bis 2025 vorgesehenen Personalaufwuchses skeptisch. Alle eingestellten angehenden Polizeianwärter müssen das Studium auch erfolgreich beenden, nur dann ist eine Personallücke geschlossen. Ob und inwieweit das für das Jahr 2025 durch Minister Beuth prognostizierte Stellenplus bei der hessischen Polizei von insgesamt 18 Prozent mehr Vollzugsbeamten realisiert werden kann, bleibt abzuwarten. Die GdP wird aber die Zuweisungsdaten gewohnt konstruktiv kritisch begleiten. Andreas Grün stellte fest, dass die Auftragsbücher der hessischen Polizei bereits übertoll sind und die permanenten zusätzlichen Belastungen durch SoKos oder BAOen wenig bis keine Freiräume für dringend benötigte Regenerationszeiten lassen. Insbesondere nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke habe sich die hessische Polizei hervorragend bewährt, so der Minister. Durch das konsequente Zutun aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Soko Liemecke sei es gelungen, den mutmaßlichen Täter zu überführen, sparte Minister Beuth nicht mit Lob. Der Generalbundesanwalt geht von einem rechtsextremen Hintergrund aus. Stephan E. hatte die Tat zunächst gestanden, später aber sein Geständnis widerrufen. Die bereits umgesetzten



personellen Staatsschutzverstärkungen bei der Polizei sind belegbarer Beweis eines konsequenten Vorgehens gegen jede Art von Extremismus.

Sichtbares Zeichen, dass Hessens Polizei den Druck auf die rechte Szene erhöht hat, ist eine neue Ermittlergruppe der Polizei, die seit Juli 2017 Haftbefehle gegen rechte Straftäter vollstreckt, so der Minister. Beim unlängst zurückliegenden Herbstgespräch des Landesamtes für Verfassungsschutz in Wiesbaden ging es unter anderem auch darum, wie Rechtsextremisten die freiheitliche Demokratie bekämpfen. Mit Blick auf das offenbar vorhandene Personaldefizit beim LfV Hessen sprach sich die GdP dafür aus, freie Stellen des LfV in die Studiengänge bei der HfPV einzubringen, um dringend benötigtes Personal auf diesem Weg auch nachhaltig zu generieren. Ein bloßes „Abwerben in Form von mehrjährigen Abordnungen“ junger Polizei- oder Kriminalkommissare lehnt die GdP ab.

Vor dem Hintergrund der schrecklichen Tat in Halle soll für Objektschutzmaßnahmen die Wachpolizei zusätzlich personell verstärkt werden. Insbesondere die umfassenden und notwendigen Schutzmaßnahmen an jüdischen Objekten müssen von der Wachpolizei geleistet werden können. Weitere zusätzliche Stellen sind dafür im Haushaltsentwurf vorgesehen. 10 Millionen Euro bereitgestellte Finanzmittel für die materielle Ausstattung der Polizei werden von der GdP begrüßt. Weitere 1,5 Millionen Euro sind für Präventionsarbeit, 4,5 Millionen Euro für die finanzielle Mehrarbeitvergütung als Rücklagen vorgesehen. Ein weiteres Haus des Jugendrechts und nicht unerhebliche Finanzmittel für



den IT-Bereich sind zudem im Haushalt verortet. Mit Blick auf die Performance der IT-Infrastruktur kamen aus mehreren Behörden bereits berechtigte und nachvollziehbare Beschwerden. Die Einführung des Einsatzführungssystems (EFS) hat die regionalen Netzstrukturen nachhaltig überlastet. Minister Beuth verspricht, hier Abhilfe zu schaffen.

Rechtsextremistische Vorwürfe gegen hessische Polizeibeschäftigte und eine damit einhergehende mediale Berichterstattung seit Dezember 2018 hat den Innenausschuss im Hessischen Landtag in Atem gehalten. „Der Skandal um rechtsradikale Seilschaften in der hessischen Polizei beschäftigt Politik und Experten“, titelte Tagesschau online noch im Mai 2019.

Weiterführende Informationen über Ermittlungsstände erfährt die Öffentlichkeit nicht. „Aufgrund staatsanwalt-schaftlicher Ermittlungen können und werden zu laufenden Ermittlungsverfahren keine Stellungnahmen veröffentlicht“, ist die oft geäußerte Antwort auf die Frage zu den Ermittlungsständen. Einige Verfahren wurden innerhalb eines Jahres durch die Staatsanwaltschaften eingestellt, die disziplinareren Befassungen werden folgen, teilte Minister Beuth mit. Die GdP-Vertreter gaben zu bedenken, dass es bereits in Einzelfällen dazu gekommen ist, dass Familien von derzeit „freigestellten Kollegen“ in den jeweiligen Wohnorten mehr oder weniger gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Die Justiz müsse auch ein Augenmerk darauf haben, dass Verfahren beschleunigt abgearbeitet werden, stellte Andreas Grün fest. Indes wurden vielfältige Maßnahmen durch das Landespolizeipräsidium seit Dezember 2018 ergriffen. Seit einigen Wochen ist die landesweite Umfrage „Polizeiliche Alltagserfahrungen – Herausforderungen und Erfordernisse einer lernenden Organisation“ allen Polizeibeschäftigten zugänglich und auf freiwilliger Basis, bei gleichzeitiger gewahrter Anonymität, im

Beschäftigtenkreis angekommen. Die darin festgestellten Ergebnisse sind zunächst abzuwarten, müssen aber vollumfänglich ausgewertet und veröffentlicht werden.

Der gefahren geneigte Polizeiberuf, der oft mit dem Einsatz von Gesundheit und Leben verbunden ist, muss auch bei der Dienstunfallsachbearbeitung einer genauen Betrachtung unterzogen werden. Unumstößliches Merkmal dafür sind die über 3967 Angriffe gegen hess. Polizeibeschäftigte, die in der letztjährigen Kriminalstatistik dargestellt wurden. Aus den verschiedenen Polizeibehörden wurde berechtigterweise Klage darüber geführt, dass nach der Zentralisierung der Dienstunfallsachbearbeitung beim Regierungspräsidium Kassel bereits in mehreren Fällen die Anerkennungen von berechtigten Dienstunfällen abgelehnt wurden. Die beispielhaft vorge-tragenen Fälle, die zeitgleich Klagen der Betroffenen innerhalb der dafür vorgesehenen vierwöchigen Beschwerdefrist auslösten, sind Beleg dafür. Minister Beuth will den vorge-tragenen Sachverhalten nachgehen.

Der Schichtdienst in der Schutzpolizei ist belastend. Folgerichtig wurde auf Drängen der GdP auch das Zulagenwesen verbessert. Minister Beuth zog in Betracht, dass mit der derzeitigen Befassung des Zulagenwesens auch Verbesserungen einhergehen können. Dabei ist aber die langjährige gewerkschaftliche Forderung nach der Wiederherstellung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage ausdrücklich nicht gemeint.

Eine Attraktivität des Polizeiberufs in Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern und dem Bund ist Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Werben im Ringen um die geeignetsten Bewerber auf dem derzeit hart umkämpften Arbeitsmarkt. Unbestritten haben alle Länderpolizeien und der Bund einen enormen Bedarf an Nachwuchskräften. Dies führt auch dort, wo

mehrere Länder und der Bund regional Personal rekrutieren können, zum sog. „Benchmarking“ von potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern. Im Gegensatz zu Veröffentlichungen, die hessische Polizei sei ein attraktiver Arbeitgeber, lässt der aktuelle Besoldungskanon der 16 Bundesländer und des Bundes eine andere Feststellung zu. Andreas Grün stellte fest, dass beispielsweise der Bundesinnenminister mit der Erhöhung der Polizeizulage auf 190 Euro, einer Zulage für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte sowie einer Einstellungs-offensive von über 11.000 Stellen deutliche Meilensteine gesetzt hat.

Unbestritten ist derzeit die Tatsache, dass nicht alle Abteilungen der HfPV, insbesondere in den Liegenschaften Kassel und Wiesbaden, vorzeigbare Voraussetzungen für ein Studium bieten. Bauliche und technische Defizite zeugen nicht von Professionalität und bedürfen einer dringenden Nachbesserung. Vor dem Hintergrund der Trennung des Studiums in Schutz- und Kriminalpolizei fordert die GdP, das derzeitige Curriculum auf den Prüfstand zu stellen. Immer häufiger äußern frisch graduierte Kriminalkommissare den Wunsch, zur Schutzpolizei wechseln zu wollen. Unabhängig von den persönlichen Gründen der Wechselwilligen muss es möglich sein, die Durchlässigkeit der Laufbahnen im Curriculum so abzubilden, das ein nachvollziehbarer und zeitnahe Wechsel möglich ist.

Einer weiteren GdP-Forderung galt es in diesem Gespräch Nachdruck zu verleihen: Die Beförderung nach A 11 muss auch im Streifenwagen ankommen. Im Vergleich mit den Bundesländern, die noch im mittleren Dienst ausbilden, nutzt es den hessischen Oberkommissarinnen und Oberkommissaren wenig, wenn sie binnen fünf Jahren nach erfolgreicher Graduierung und Ernennung das zweite Besoldungsamt erreichen. Welches Perspektiven tun sich auf? Viele engagierte Kolleginnen und Kollegen gehen mit der A 10 in den Ruhestand und müssen zudem noch auf die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage verzichten. Andreas Grün forderte notwendige Attraktivitätssteigerungen, die durch zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten bei Schutz- und Kriminalpolizei durch den Haushaltsgesetzgeber nachhaltig verortet werden müssen, gerade mit Blick auf die Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen, zum Ende des Gesprächs.

GdP Hessen



IM AUSTAUSCH MIT DER POLITIK

Treffen mit Eva Goldbach (Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits Anfang November traf der geschäftsführende Landesvorstand der GdP Hessen die Innenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Eva Goldbach. Die 54-jährige Mittelhessin ist seit 2014 im Landtag vertreten und seit Anfang 2019 stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Aktuell möchte sie eine Gesprächsebene mit Polizei und Gewerkschaften finden und besucht auch viele Polizeistationen.

Eines der Themen waren die Untersuchungen gegen einzelne Polizeibeamte wegen des Verdachts, rechts-extremes Gedankengut zu verbreiten. Frau Goldbach betonte, dass jeder Einzelfall untersucht werden müsse, sie aber eine pauschale Verdächtigung der Polizei als besonders empfänglich für solches Gedankengut ablehne.

Andreas Grün betonte, dass die GdP der Kennzeichnungspflicht weiterhin ablehnend gegenüberstehe. Laut Frau Goldbach sei der Grund für die Kennzeichnungspflicht nicht Misstrauen gegen die Polizei, sondern man wolle damit die Akzeptanz der Polizei durch Überprüfbarkeit steigern.

Als weiteres wichtiges Thema sprach Andreas Grün die hohe Abbrecherquote bei den Studierenden an. Aufgrund der Rahmenbedingungen sei der Beruf des hessischen Polizeibeamten nicht mehr konkurrenzfähig, andere Bundesländer seien da weiter. Gründe dafür seien z. B. die



Der geschäftsführende Landesvorstand mit Eva Goldbach (Mitte)

fehlende Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, zu wenige Beförderungsstellen für den riesigen A10er-Bauch und die gegenüber anderen Bundesländern hinterherhinkende Grundbesoldung. Auch die Möglichkeiten zur Einstellung von Spezialisten seien verbesserungswürdig, gerade in Konkurrenz zu anderen Arbeitgebern.

Frau Goldbach fragte nach der Besetzung von Polizeistationen im ländlichen Raum und den Bedarfen, da sie selbst im Vogelsberg wohnt. Es kam nun zu einer ausführlichen Diskussion über die Personalnot in ganz Hessen, die mit zahlreichen Beispielen untermauert wurde. Andreas Grün sprach sich für eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen aus, etwa durch weitere Stellenhebungen und Personalaufstockung sämtlicher Basisdienststellen der hessischen Polizei.

Frau Goldbach betonte, dass die Kürzungen im Polizeibereich, die in der Zeit vor der Regierungsbeteiligung der

Grünen lagen, nach und nach korrigiert werden müssten.

Ebenfalls wurde die Problematik Lebensarbeitszeitskonto (LAK) thematisiert. Andreas Grün sprach sich deutlich für eine Abschaffung von LAK aus, bei gleichzeitiger Senkung der Wochenarbeitszeit.

Auch die schwierige Lage im Tarifbereich wurde intensiv erörtert. Beide Parteien sind sich einig, dass die Polizei in Konkurrenz zu anderen Arbeitgebern attraktiv bleiben muss. Die GdP fordert, dass es dafür zu deutlichen Verbesserungen in den Entgeltgruppen kommen muss und einen gerechten Lohn für die auch im Tarifbereich immer komplexer werdenden Tätigkeiten zu bezahlen.

Die Verschlechterung des HPVG habe dazu geführt, dass Hessen auch bei der personalrätlichen Mitbestimmung die rote Laterne trägt. Frau Goldbach führte hierzu aus, dass dies erkannt sei und im Koalitionsvertrag Verbesserungen niedergelegt seien. Wir dürfen gespannt sein, ob dies nur Worthülsen waren, um den Koalitionsfrieden zu sichern, oder ob die Grünen hier tatsächlich Wort halten und auch die Polizei in Hessen wieder auf ein gesundes Mitbestimmungsniveau bringen möchten.

Am Ende wurde vereinbart, dass die Gespräche fortgesetzt werden und man im ständigen Austausch miteinander bleibt.

GdP Hessen



Eva Goldbach in Diskussion mit Andreas Grün



Weitere Entgelterhöhung zum 1. Februar 2020

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gemäß **Tarifeinigung** vom 29. März 2019 zum TV-H erhalten alle Tarifbeschäftigten zum 1. Februar 2020 eine weitere Entgelterhöhung im Gesamtvolumen von 3,2 %, mindestens jedoch um 100 Euro. Ab 1. Januar 2021 erhalten wir eine weitere Erhöhung um ein Gesamtvolumen von 1,4 %, mindestens jedoch um 40 Euro. Unsere Auszubildenden erhalten am 1. Januar 2020 eine weitere Erhöhung ihrer Ausbildungsentgelte um einen Festbetrag von 60 Euro.

Im **Beamtenbereich** erfolgen Besoldungserhöhungen von 3,2 % zum 1. Februar 2020 und 1,4 % zum 1. Januar 2021, ohne den Mindestbetrag von 100 Euro.

Nach Beendigung der Redaktionsverhandlungen zur Tarifeinigung vom März 2019 wurde nun durch die DGB-Gewerkschaften ver.di, GdP, GEW und IG BAU das Unterschriftenverfahren freigegeben. Danach werden die Verwaltungen der Landesdienststellen vom Tarifreferat des Innenministeriums Durchführungshinweise zu den einzel-

nen Punkten der Tarifeinigung erhalten. Einkommensverbesserungen für bestimmte Beschäftigtengruppen, in der Entgeltordnung zum TV-H werden dann ebenso, auch mit Beispielrechnungen, an die Verwaltungen übersandt. Spezielle Fragen zu den Einkommensverbesserungen können danach von den jeweiligen Verwaltungen beantwortet werden.

Die steuerliche Behandlung zur kostenfreien Weiternutzung des Landestickets wurde durch den Bundestag positiv beschieden. Nach Zustimmung des Bundesrates, und davon gehen wir aus, wird dann das Landesticket auch für das Jahr 2020 weitergelten, sodass die Kilo-

meterpauschale steuerlich in vollem Umfang, wie bisher, bestehen bleibt.

Eure GdP wird für euch auch weiterhin am Verhandlungstisch sitzen, um weitere zukünftige Einkommensverbesserungen zu erreichen.

Heinz Schiskowsky



GLOSSE

Gefährliche Wurst bei der Polizei?

Hallo liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr kennt mich schon. Ich heiße mit Nachnamen Fritz und bin Polizeiobermester, also POM Fritz. Ich werde auch niemals befördert, weil das ja keinen Sinn ergäbe. Ich schreibe ab und zu mal in den GdP-Publikationen, wenn mir mal wieder was unter den Nägeln brennt.

Am Reformationstag, oder besser bekannt, an Halloween hat mich der Schorsch in aller „Herrgottsfrühe“ angerufen. Der Schorsch frühstückt jeden Morgen gerne und gut in der Küche bei der HPA. Immer vor dem Dienst, so gegen halb sieben Uhr morgens, legt er nach eigenem Bekunden die kulinarische Grundlage für einen erfolgreichen Berufstag.

„Du wirst es nicht glauben“, schnaubt ein völlig aufgebrachter Schorsch in den Hörer, „was ich heute Morgen vor dem Frühstück entdeckt habe.“

Ruhe bewahren, denke ich, gleich wird es mir der Schorsch mitteilen. Bing, mein Smartphone klingelt. Schorsch hat ein Bild geschickt.

Eine kleine Leberwurst mit dem Logo eines nordhessischen Wurstherstellers Namens Wilke ist da zu sehen. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits bundesweit die Medien auf den „Wilke-Wurst-Skandal“ gestürzt und über



Foto: Tim Reckmann / pixello.de

unsägliche Zustände in der besagten Produktionsstätte umfassend berichtet.

„Was ein Glück, lieber Schorsch“, entgegne ich, „dass du das Einzelstück von diesem Hersteller aus dem Auslagersortiment gegriffen hast.“ „Präventi-

on war je schon immer deine Stärke“, grummle ich leise vor mich hin.

„Hab ich“, schnaubt der aufgebrachte Schorsch weiter. Ob es an der berechtigten Aufregung nach Auffinden der „Gammelwurst“ liegt oder an der unverhofft brachialen Unterbrechung des morgendlichen Rituals ist mir zu diesem Zeitpunkt relativ egal. Schnell hat der Schorsch mit geschultem Auge die Lage sondiert und den vor Ort zuständigen Verantwortlichen auf das Auffinden der besagten Wurst hingewiesen. „Der Jürgen kümmert sich“, teilt mir Schorsch mit, „ich habe alles veranlasst.“ Hoffentlich hat Schorsch jetzt noch Appetit, schießt mir ein weiterer Gedanke durch den Kopf.

Eine spontane Internetrecherche meinerseits ergibt, dass in der Wilke-Wurst „Listerien“ nachgewiesen werden konnten. Wie gefährlich diese sind, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen.

Später berichte ich zu Beginn des Tagdienstes über mein morgendliches,



GLOSSE

wirklich einzigartiges Telefongespräch mit Schorsch. Schorsch ist nämlich kein Unbekannter bei uns, vor einiger Zeit ist er als Fachlehrer zur HPA gewechselt.

Neben dem zu erwartenden Gelächter einiger Kolleginnen und Kollegen mahnt aber Stefan, nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen. Stefan hat als Abonnent verschiedener E-Paper-News viel über den Wurstskandal gelesen. „Da muss sofort was passieren“, sagt er. „Wir haben neben der Küche an der HPA noch die zentrale Einsatzküche in Mühlheim bei der BePo. Was, wenn dort Wilke-Produkte vorrätig sind?“, sagt er mit besorgter Stimme.

Außerdem, so Stefan weiter, war der Keimverdacht bei Wilke-Wurst bereits seit August bekannt. Wahrscheinlich sind noch immer Wilke-Produkte im Umlauf, schwant es mir, und es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Gesundheitsgefährdung besteht.

Wir rufen Theo an, den für solche Sachen zuständigen Personalvertreter, und veranlassen gemeinsam mit ihm, dass mal an höherer Stelle der Sachverhalt „Wilke“ geklärt wird.

Nach einigen Tagen der Befassung kam Theos schnelle Antwort.

Es wird uns mitgeteilt, dass bei der Einsatzküche der BePo „nach derzeitigem Kenntnisstand an keinem Standort im Rahmen der Tages- und der Einsatz-

verpflegung Lebensmittel der Fa. Wilke bezogen und somit auch nicht zum Verzehr angeboten wurden“. Weiter heißt es, dass „in der Küche der HPA keine Wurstwaren der Fa. Wilke verarbeitet wurden“.

So weit, so gut, stellen wir gemeinsam fest. Aber wie kam die Portionswurst in die Auslage und damit in Schorsch's Sichtfenster?

Wir erfahren, dass die von Schorsch in der Auslage erspähte Wurst nur für eine halbe Stunde dort lag, bis der Schorsch sie entdeckte. Irgendjemand hatte eben nach Bekanntwerden des Wilke-Wurst-Skandals vergessen, die vorhandenen Bestände zu kontrollieren.

Da hat der Schorsch aber ganze Arbeit geleistet, sind wir uns nach einiger Zeit einig. „Wozu Frühstücksrituale gut sind“, gibt nicht ohne ein Grinsen unser Praktikant zu Protokoll.

Ach ja, die abschließenden Durchsuchungen durch die eiligst Beauftragten in den Lagerräumen ergab ebenfalls keine Beanstandungen!

Längst hat die Öffentlichkeit erfahren, dass insbesondere Altenheime, Studentenwerke und Krankenhäuser Abnehmer der Wilke-Wurst-Produkte waren. Uns ist nicht wohl beim Gedanken, dass auch verarbeitete Wilke-Fleisch- oder -Wurst-Produkte, beispielsweise als Beigabe in

Fertiggerichten, jetzt abschließend nicht umfänglich aus dem Verkehr gezogen werden können. Rückrufaktionen vieler Hersteller hat es bereits gegeben.

„Na ja“, unkt der Stefan, „wir haben ja unseren Schorsch. Dem entgeht beim morgendlichen Frühstück nichts in der Auslage.“

Ich weise dann im nächsten Nachtdienst darauf hin, dass sich sogar der Hessische Landtag mit der Wilke-Wurst befasst hat.

„Irgendwann“, will der Klaus wissen, „wird uns die zuständige Ministerin im Verbraucherschutzministerium schon mitteilen, welche Konsequenzen aus den Ereignissen zu ziehen sind.“

„Was übrig bleibt“, sagt Stefan, „sind Tatsachen, dass der Wurstbetrieb Anfang Oktober geschlossen wurde, aber zuvor wiederholt Listerien-Keime nachgewiesen wurden!“

Drei Todesfälle werden mit Wilke-Produkten in Verbindung gebracht. Die Staatsanwaltschaft Kassel ermittelt wegen fahrlässiger Tötung gegen den Geschäftsführer. Wem nutzt es abschließend, wenn die Ministerin für Verbraucherschutz in der 47. Kalenderwoche in Wiesbaden öffentlichkeitswirksam „schwere Mängel in erster Linie in der Arbeit des Landkreises Waldeck-Frankenberg“ verortet?

Euer POM Fritz

SENIORENGRUPPE

Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“

Teilnahmeberechtigt:

GdP-Mitglieder (auch mit Partner), die noch kein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ besucht haben. Vorrangige Zielgruppe sind Kolleginnen und Kollegen, die in 2020 und 2021 in den Ruhestand (Altersteilzeit, Rente und Pension) gehen.

Für die Teilnahme an dem Seminar kann Dienstbefreiung nach § 69 Abs. 3 HBG (Beamten/-innen) oder § 1 Abs. 3 HBG i. V. m. § 29 TV-H (Tarifbeschäftigte) beantragt werden.

Seminartermin: Montag, 11. Mai 2020 bis Mittwoch, 13. Mai 2020

Seminarort: Landgasthof Bechtel, Vor der Brücke 4, 34628 Willingshausen-Zella, Telefon: 0 66 91/94 65-0

Vorgesehene Themen:

Das Berufsleben geht dem Ende zu. Was (ver)ändert sich? Was ist wichtig?

Was muss ich beachten bei Beihilfe, Versorgung etc.?

Anmeldungen:

Homepage der GdP Hessen (www.gdp.de/hessen) unter Seminare und auf der Seniorensseite ist ein Anmeldeformular eingestellt. Anmeldungen grundsätzlich online. **Vormerkungen sind nicht möglich.**

Es ist eine Anmeldegebühr von 40 Euro pro Teilnehmer zu entrichten. Diese wird, auch im Falle einer Seminarabsage, nicht zurückerstattet.

Die Anmeldung wird erst wirksam, wenn die Überweisung auf das Konto der GdP: **Wiesbadener Volksbank, IBAN: DE70 5109 0000 0006 7840 03, BIC: WIBADE5W, Kennwort: „Vorbereitung auf der Ruhestand Mai 2020“**, erfolgt ist.

Anmeldeschluss ist am 15. Februar 2020.

Rückfragen an:

- Ewald Gerke,
E-Mail: egerke@onlinehome.de,
- Dominic Kosik,
E-Mail: dominic.kosik@gdp.de
oder bei den Seniorenvertretern der Bezirksgruppen

Ewald Gerke

(stellv. Landesseniorenvorsitzender)



JUBILÄUM

Festveranstaltung „70 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)“

Am 31. Oktober feierte der DGB Region Nordhessen seinen 70. Geburtstag, selbstverständlich nicht ohne eine Delegation unserer GdP-Bezirksgruppe Nordhessen.

Der DGB nahm das Jubiläum zum Anlass, in die Vergangenheit zurückzublicken, nach vorn zu schauen und auch zu feiern.

Am 13. Oktober 1949 gründeten in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland 16 Einzelgewerkschaften den DGB als ihren Dachverband mit dem Ziel, für soziale Gerechtigkeit, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und für Mitbestimmung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam zu kämpfen.

Die Festveranstaltung bot ein abwechslungsreiches und informatives Rahmenprogramm. Die Gastgeberin Jenny Huschke, in ihrer Funktion als Geschäftsführerin des DGB Nordhes-



Dr. Michael Lacher

sen, führte durch den Abend. Das Grußwort richtete Christian Geselle, Oberbürgermeister der Stadt Kassel, an die Festdelegationen. Dr. Michael Lacher bot einen interessanten Einblick in die „Industriegeschichte in und um Kassel“. Zum Thema „Digitalisierung in und jenseits der Arbeitswelt“ referierte Prof. Nicole Mayer-Ahuja, Direktorin der Georg-August-Universität Göttingen, Professorin für Soziologie der Arbeit. Abschließend sprach Stefan Körzell als Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes zum Thema „Gewerkschaftliche Anforderungen an die Transformation von Arbeit und Gesellschaft“.

Alle Redebeiträge lassen sich für die Leser dieses Artikels ganz einfach zusammenfassen. Die Digitalisierung als prägende Umwandlung der aktuellen Zeit ist Aufgabe und Herausfor-

derung für die Gewerkschaften. Ohne starke Gewerkschaften und Personal-/Betriebsräte drohen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Schaden zu nehmen. Daher bleibt als Fazit eine klare Botschaft: Gewerkschaften haben nicht an Bedeutung verloren, im Gegenteil, sie sind vielleicht wichtiger denn je für unsere Arbeitswelt und Gesellschaft.



Stefan Körzell

Abgerundet wurde das Rahmenprogramm durch die musikalische Begleitung von Hans Dienand, der es verstand, mit „gewerkschaftlich geprägter“ Musik den richtigen Ton beim Publikum zu treffen.

Für die GdP nahmen Stefan Rüp- pel, Lars Elsebach, Guido Winnige, Tim Stöltling, Norbert Birnbach, Janina Fischer und der Autor des Artikels an der Festveranstaltung teil.

Christoph Möhring,
stellv. Vorsitzender GdP Nordhessen



GdP-Delegation

HESSENWARN

Von KATWARN zu hessenWARN: Verbesserte Sicherheit in einer App für Sie!

Das Smartphone als Wasserwaage, als Navigationsgerät oder als kleiner Lerncomputer, die richtige App macht es möglich. Manche dieser Apps sind im Alltag sehr hilfreich – andere können Leben retten.

KATWARN bei der Polizei Hessen erreichte bisher über 600 000 Menschen

Apps zur Warnung vor Katastrophen (z. B. Großbrände oder bei starken Unwettern) und Gefahren (z. B.

lebensbedrohliche Einsatzlagen) wie KATWARN sind mittlerweile wichtiger Bestandteil eines kommunikativen Sicherheitsnetzwerkes geworden. Sie erreichen die betroffenen Personen auf direktem Weg ohne Zeitverzögerung. Viele von Ihnen haben KATWARN vielleicht bereits abonniert, um bei einer Katastrophen- oder Gefahrenlage rechtzeitig wichtige Sicherheitsinformationen zu erhalten.

Seit 2017 nutzt die Polizei Hessen KATWARN zur Unterstützung der Polizeiarbeit. In den vergangenen zwei Jahren wurde z. B. im Kontext von Entschärfungen von Weltkriegsbomben gewarnt, vor Betrugsstraftaten zum Nachteil älterer Menschen (Einzeltrick) und es wurden Vermisstenmeldungen der Polizei Hessen direkt über KATWARN auf Ihre Smartphones gesendet, wenn Sie sich in der



HESSENWARN

Nähe der vermissten Person aufgefunden haben. Mittlerweile nutzen mehr als 600 000 hessische Bürgerinnen und Bürger KATWARN.

Von KATWARN zu hessenWARN – Hessen entwickelt Erfolgsprojekt zielorientiert weiter

Auf Grundlage dieses Erfolgs entschloss sich das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport, in Kooperation mit dem Fraunhofer Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) die App hessenWARN zu entwickeln. hessenWARN basiert technologisch auf dem Warnsystem KATWARN. Das System bietet Gefahren- und Katastrophenwarnungen verschiedener Behörden aus einer Hand, z. B. sind auch die Feuerwehren sowie das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie an hessenWARN beteiligt.

hessenWARN ist die kostenlose App für Ihre Sicherheit und seit dem 5. November 2019 die neue offizielle „Warn- und Informations-App“ des Landes Hessen.

Keine Meldung verpassen

Mit hessenWARN können Sie sich in und vor Gefahrensituationen und Katastrophen warnen lassen. Um hessen



senWARN störungsfrei nutzen zu können, löschen Sie bitte KATWARN von Ihrem Handy und laden Sie sich

hessenWARN in Ihrem App Store oder Ihrem Google Play Store herunter.

Nach der Installation von hessenWarn erhalten Sie weiterhin alle Mitteilungen, die Sie auch bei KATWARN erhalten haben, da zu den gängigsten Bevölkerungswarnsystemen wie KATWARN oder NINA (App des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) eine Schnittstelle in hessenWARN besteht. Sie erhalten damit auch in hessenWARN deutschlandweite Gefahren- und Katastrophenwarnungen, die in KATWARN oder NINA versendet werden.

Durch diese Schnittstelle ist damit sichergestellt, dass im Gefahren- und Katastrophenfall die offiziellen Informationen der Behörden in Deutschland und Österreich zur Verfügung stehen.

© HMDIS

JUNGE GRUPPE

Die PINS sind gefallen! – Bowlingturnier der JUNGEN GRUPPE 2019

Nach einer erfolgreichen Premiere mit zahlreichen Teams im letzten Jahr kamen 2019 wieder acht Teams zusammen, um einen Strike nach dem anderen zu werfen!

Auch dieses Jahr wurden die inoffiziellen hessischen Meisterschaften erneut in Wiesbaden ausgetragen. Gespielt wurde dabei in Viererteams über zwei Runden.

Folgende Teams gingen aus dem Abend als Sieger hervor:

1. Die Pin Busters
2. Die Absoluten Gewinner
3. Die Bunte Mischung

Die Erst- und Zweitplatzierten trennten dabei lediglich sechs Punkte!

„Die Pin Busters“ sicherten sich damit auch dieses Jahr den Titel. Wir sind auf die neuen Herausforderer 2020 gespannt, die diese Serien brechen wollen.

PS: Wenn ihr über Aktuelles aus der JUNGEN GRUPPE informiert werden wollt, folgt uns doch auf Instagram @junge_gruppe_gdp_hessen.

Kai Bette,
Schriftführer JUNGE GRUPPE Hessen



Die Pin Busters



Die Absoluten Gewinner



Die Bunte Mischung



Vertrauensleutekonferenz – für euch im Einsatz!



Bereits Ende November fand in Mittelhessen eine Vertrauensleutekonferenz für alle hessischen Vertrauensleute statt. Die Vertrauensleute helfen mit, Erreichtes, Positionen und Beschlüsse der GdP unter den Mitgliedern bekannt zu machen. Sie geben deren Ideen und Stimmungen, Vorschläge und Wünsche an die GdP weiter. Die Arbeit der Vertrauensleute ist ein wichtiges Bindeglied zwischen den Mitgliedern und der GdP. Deshalb hat die

GdP ein dichtes Vertrauensleutenetz, mit Ansprechpartnern überall vor Ort, in ganz Hessen.

Zunächst informierte unser Landesvorsitzender Andreas Grün die ca. 100 Teilnehmer in seinem gewerkschaftspolitischen Bericht über die aktuelle Lage im Land sowie über abgeschlossene wie zukünftige Projekte. Danach stellte er das neue Konzept für die Arbeit der Vertrauensleute vor.

Die Vertrauensleute erhielten eine Tasche mit allen wichtigen Unterlagen für ihre Arbeit.

Applaus erhielt auch der Kurzfilm „Was haben die Gewerkschaften je für uns getan?“, der auf humorvolle Weise die Errungenschaften von Gewerkschaften für die Arbeitnehmer darstellt. Der Film ist auf Youtube unter seinem Titel leicht zu finden.

Der Tag brachte eine Menge an Informationen und neuen Ideen für die



Stefan Rüppel und Harald Zwick, die in der Vergangenheit bereits mehrfach neue Funktionsträger der GdP beschult hatten, stellten nun u. a. die Strukturen der GdP, das Thema Rechtsschutz, Mitgliederbetreuung, interner Mitgliederbereich, soziale Medien und die GdP-App vor.

Vertrauensleute. Die Rückmeldungen waren durchweg positiv, sodass wir diese Veranstaltungen regelmäßig fortsetzen werden, um die bestmögliche Betreuung für alle Mitglieder zu schaffen.

Markus Hüschentbett



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 42
vom 1. Januar 2020

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

